

Jürgen Weibler*

Wirtschaftsdemokratie – einem Phantom auf der Spur?

Ist heute eine Wiederbelebung von Vorstellungen geboten, die eine Übertragung gesellschaftlicher Demokratieprinzipien auf die Wirtschaft fordern? Hartmut Wächter hat dies in seinem jüngsten Beitrag (2010) für diese Zeitschrift offensichtlich für notwendig gehalten, mit dem einzigartigen Fall der Hoppmann GmbH in Siegen anschaulich illustriert und im Anschluss grundlegende Fragen zur Einordnung und Umsetzung wirtschaftsdemokratischer Überlegungen präsentiert.

Roland Czada und Walther-Müller-Jentsch, beides profilierte Kenner der politikwissenschaftlichen wie soziologischen Diskussion zur Wirtschaftsdemokratie, greifen nachfolgend zentrale von Wächter vorgebrachte Fakten und Einschätzungen auf. Dabei liefern sie aus ihrer je eigenen Sicht eine pointierte wie perspektivenorientierte und für eine weitere Arbeit am Gegenstand ausgesprochen hilfreiche Standortbestimmung.

Eine solche weiterführende Standortbestimmung erleichtert die Diskussion (vgl. hierzu historisch auch Potthoff 1985), könnte sie allerdings auch für diejenigen verkürzen, die nach eingehendem Studium des Originalbeitrages und der hierdurch stimulierten Diskursbeiträge zum Schluss kämen, dass eine Fortführung der Diskussion zur Demokratisierung der Wirtschaft im bisherigen Gewande nicht nur (wie bisher) bereits an der präzisen Beschreibung des Gegenstandes scheiterte, sondern dass dessen vage Manifestationen weder normativ geboten noch empirisch als nützlich erachtet werden können.

Diese Position ist wissenschaftlich nicht einfach vom Tisch zu wischen. Warum? Der Begriff, um den es hier geht, beinhaltet zwei erläuterungsbedürftige Bestandteile, nämlich „Wirtschaft“ und „Demokratie“. Wenden wir uns zuerst der „Demokratie“ zu. Was in gesellschaftlichen Debatten vermeintlich klar klingt, ist es in seiner wissenschaftlichen Präzisierung mitnichten (vgl. Czada 2002). Die Art und Weise, wie kollektive Entscheidungen oder Entscheidungen für das Kollektiv herbeigeführt, gewichtet, umgesetzt und sanktionsbewehrt kontrolliert werden, kann unterschiedlich legitimiert werden - und wird es in der Tat auch, national wie international. Von den vielen, hier zu nennenden Stichworten mag der Klassiker „Repräsentationsdemokratie vs. direkte Demokratie“ das Gemeinte andeuten. Über die Inhalte, die nach einem als legitim ausgewiesenen Modus gefunden werden, ist dann noch nicht einmal gesprochen. Deshalb ist eine mündlich tradierte oder schriftlich fixierte, alle Akteure im Prozess verbindende Grundlage wie beispielsweise eine Verfassung im politischen Bereich notwendig, um Prinzipien, Standards, Rechte wie Pflichten dieser Akteure ausweisen, quasi das Spielfeld und die Spielregeln festzulegen sowie den Geist des Spiels auszuweisen.

* Univ.-Prof. Dr. Jürgen Weibler, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Personalführung und Organisation, FernUniversität in Hagen, Profilst. 8, D – 58084 Hagen. E-mail: juergen.weibler@fernuni-hagen.de.